

Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 24 – Bericht des Runden Tisches Heimerziehung auswerten

Dazu sagt die sozialpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen,

Marret Bohn:

**Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 028.17 / 26.01.2017

Die Küstenkoalition macht Kinder- und Jugendpolitik aus einem Guss

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Der Schutz von Kindern und Jugendlichen steht für uns Grüne an erster Stelle. Alle Kinder und alle Jugendliche, die Hilfe und Unterstützung benötigen, müssen diese auch bekommen.

Heimerziehung ist ein gravierender Eingriff in das individuelle Leben. Sie soll Mädchen und Jungen schützen, unterstützen und stark machen für ein selbstbestimmtes Leben.

Heimerziehung ist als Fürsorge und Unterstützung gedacht. Druck und Repression sind hier keine geeigneten Maßnahmen. Auch geschlossene Einrichtungen taugen zu diesem Zweck nicht. Das sehen jedenfalls wir Grüne so.

Die Vorkommnisse in den Einrichtungen des Friesenhofs haben uns deutlich vor Augen geführt, dass Schutz und Hilfe leider nicht immer gesichert sind. Nicht alle Einrichtungen wollen oder können die ihnen gestellte Aufgabe hinreichend erfüllen.

Nicht alle Kinder und Jugendliche sind in stationären Einrichtungen gut untergebracht. Nicht alle erhalten die Unterstützung, die für ein körperlich und seelisch unversehrtes Aufwachsen erforderlich ist. Das muss sich ändern!

Die Küstenkoalition hat Konsequenzen aus den Vorkommnissen im „Friesenhof“ gezogen und gehandelt. Die Heimaufsicht und das Landesjugendamt wurden personell gestärkt und eine unabhängige Ombudsstelle wurde bei der Bürgerbeauftragten eingerichtet. Die Kinder- und Jugendhilfeverordnung wurde novelliert und die aufsichtsrechtlichen Aspekte wurden im Sinne des Kinder und Jugendschutzes gestärkt.

Auch der Landtag hat Konsequenzen aus dem Fall „Friesenhof“ gezogen. Der vorgelegte Antrag der Küstenkoalition fasst die inhaltlichen Ergebnisse zusammen. Zehn sehr konkrete Punkte sind zusammen gekommen. Vieles fügt sich gut zu dem, was Kristin Alheit schon auf den Weg gebracht hat. Ein paar Ansätze sind neu hinzugekommen.

Exemplarisch möchte ich das Thema der sogenannten Grenzgänger ansprechen. Es gibt Jugendliche, die so schwer erreichbar sind, dass ihnen in einer herkömmlichen Jugendhilfeeinrichtung nicht ausreichend geholfen werden kann. Mehr noch, ihr Verhalten wirkt sich stark auf die gesamte Arbeit der Einrichtung aus. Hier müssen neue Wege gegangen werden. Die Küstenkoalition hat im Haushalt 2017 500.000 Euro für Projekte bereitgestellt, die sich mit diesen jungen Menschen befassen werden.

Sie sehen: Die Küstenkoalition macht Kinder- und Jugendpolitik aus einem Guss.

Für uns Grüne gibt es einige Bedingungen für ein gutes Fundament in den Einrichtungen:

- Wir brauchen einen Schlüssel für fachlich qualifiziertes Personal in den Einrichtungen und im Landesjugendamt.
- Wir brauchen Qualität und dafür Standards.
- Wir brauchen effektivere Kontrollen, mehr Kooperation und bessere Koordination.
- Die Überprüfung der pädagogischen Konzepte muss gewährleistet sein.

Ich bedanke mich bei allen Fachleuten, die uns am Runden Tisch beraten haben und bei Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.
